Deutscher Bundestag
14. Wahlperiode

Drucksache 14/584

22. 03. 99

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Notenwechsel vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

A. Zielsetzung

Der Notenwechsel, der parlamentarischer Zustimmung bedarf, regelt das Aufenthaltsrecht und die Rechtsstellung der Streitkräfte der NATO-Staaten Dänemark, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland. Die Regelung ist erforderlich, da die Geltung des Aufenthaltsvertrags und des NATO-Truppenstatuts auf die alten Bundesländer beschränkt ist (Artikel 11 in Verbindung mit Kapitel I Abschnitt I der Anlage I des Einigungsvertrags vom 31. August 1990) und für vorübergehende Aufenthalte geschlossener Einheiten und Verbände ergänzende Bestimmungen nach dem Streitkräfteaufenthaltsgesetz vom 20. Juli 1995 zu treffen sind.

B. Lösung

Verabschiedung des Vertragsgesetzes zu dem Notenwechsel.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand sind durch das Gesetz nicht zu erwarten.

2. Vollzugsaufwand

Die Anwendung des Gesetzes wird keine zusätzlichen Kosten verursachen, da der Gesamtumfang der gemeinsamen Aktivitäten mit den Bündnispartnern nicht erhöht werden soll. Länder und Gemeinden werden durch das Gesetz nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
042 (221) – 379 21 – Na 4/99

Bonn, den 22. März 1999

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Notenwechsel vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium der Verteidigung und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 736. Sitzung am 19. März 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz
zu dem Notenwechsel vom 29. April 1998
über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung

(1) Dem Notenwechsel vom 29. April 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich Norwegen, der Portugiesischen Republik, dem Königreich Spanien und der Republik Türkei über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland und den Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit vom selben Tage sowie der Vereinbarten Niederschrift vom 5. Mai 1997 wird zugestimmt.

(2) Der Notenwechsel, die Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit und die Vereinbarte Niederschrift werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Schadensabwicklung

(1) Für die Abgeltung von Schäden finden die Artikel 6, 8 bis 14 und 25 des Gesetzes zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen) vom 18. August 1961 (BGBl. 1961 II S. 1183), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. September 1994 (BGBl. 1994 II S. 2594), in der jeweils geltenden Fassung Anwendung. Zuständige Behörde im Sinne des Artikels 8 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin.

(2) Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der Streitkräfte einer Vertragspartei aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen wurden, werden gemäß Artikel 2 Satz 1 mit § 16 Abs. 5 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554) abgewickelt.

Artikel 3

Gerichtsbarkeit

Der Verzicht auf die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit wird von der Staatsanwaltschaft erklärt. Im übrigen gilt Artikel 4a des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen in der jeweils geltenden Fassung.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

(2) Im übrigen tritt dieses Gesetz an dem Tage in Kraft, an dem der Notenwechsel für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Notenwechsel, die Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit und die Vereinbarte Niederschrift findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz Vorschriften enthält, die das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regeln.

Zu Artikel 2

Artikel 2 enthält die zur Abgeltung der Schäden erforderliche Regelung. Sie entspricht der Verfahrensregelung für Schäden, die in den alten Bundesländern von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges dieser NATO-Staaten verursacht werden. Zuständig für die Abgeltung von Schadensfällen sind die Behörden der Verteidigungslastenverwaltung; für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist die Verteidigungslastenverwaltung des Landes Berlin zuständig.

Die Bestimmung des Absatzes 2 entspricht Artikel 2 des Gesetzes zum PfP-Truppenstatut. Sie trägt dem Umstand Rechnung, daß die Entsendestaaten in der Bundesrepublik Deutschland keine Dienststellen unterhalten, die bei der Regulierung von Schadensfällen als Ansprechpartner dienen könnten. Damit Schadensersatzansprüche nicht im Ausland geltend gemacht werden müssen, gewährleistet die Bezugnahme auf das Streitkräfteaufenthaltsgesetz, daß auch außerdienstlich verursachte Schäden durch die Behörden der Verteidigungslastenverwaltung reguliert werden. Der Bund ist bereit, für derartige Schäden in Vorleistung zu treten. Die Bezugnahme auf das Streitkräfteaufenthaltsgesetz stellt sicher, daß der ausländische Staat dem Bund für die außerdienstlich verursachten Schäden haften soll und der Bund von ihm die erbrachten Zahlungen zurückfordern kann. Eine entsprechende Regelung zur Rückforderung wird mit den Entsendestaaten durch Austausch von ergänzenden Verbalnoten getroffen.

Zu Artikel 3

Satz 1 weist die Zuständigkeit zur Abgabe von Verzichtserklärungen den deutschen Staatsanwaltschaften zu.

Satz 2 verweist auf Artikel 4a des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen, der besondere Bestimmungen zur Zusammenarbeit in strafrechtlichen Angelegenheiten enthält.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem der Notenwechsel für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit zusätzlichen Kosten belastet. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand sind durch das Gesetz nicht zu erwarten. Auch Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten. Kosten für die Wirtschaft oder für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Notenwechsel vom 29. April 1998 über die Rechtsstellung der dänischen, griechischen, italienischen, luxemburgischen, norwegischen, portugiesischen, spanischen und türkischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenzen,

ich beehre mich, auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei geführten Gespräche über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland Bezug zu nehmen und Ihren Regierungen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. (1) Streitkräfte des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen dürfen sich mit Zustimmung der Bundesregierung vorübergehend in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Hierbei entscheidet die Bundesregierung auch unter Beachtung von Artikel 5 Absatz 3 des Vertrags vom 12. September 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland im Einklang mit der vereinbarten Protokollnotiz gleichen Datums zu diesem Vertrag.

   (2) Diese Streitkräfte, ihre zivilen Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen haben in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die gleiche Rechtsstellung, die ihnen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein gewährt wird.

2. Bei Aufenthalten für Übungen, Durchreise auf dem Landweg und Ausbildung von Einheiten in der Bundesrepublik Deutschland gelten zusätzlich folgende Bestimmungen:

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Excellencies,

I have the honour to refer to the discussions held with representatives of the Governments of the Federal Republic of Germany, the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey concerning the status of their forces during temporary stays in the Federal Republic of Germany, and have the honour on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany to propose to your Governments that the following Agreement be concluded:

1. (1) The armed forces of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey, their civilian components, their members and dependants may, with the approval of the Federal Government, stay temporarily in the Federal Republic of Germany. The decision of the Federal Government shall be taken also in compliance with paragraph 3 of Article 5 of the Treaty of 12 September 1990 on the Final Settlement with regard to Germany and in accordance with the Agreed Minute to that Treaty of the same date.

   (2) These armed forces, their civilian components, their members and dependants shall have the same legal status in the Länder of Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt and Thuringia as are granted to them in the Länder of Baden-Württemberg, Bavaria, Bremen, Hamburg, Hesse, Lower Saxony, North Rhine-Westphalia, Rhineland-Palatinate, Saarland and Schleswig-Holstein.

2. With regard to presence for exercises, transit by land and training of units in the Federal Republic of Germany, the following additional provisions shall apply:

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Excellences,

Me référant aux entretiens menés entre des représentants des Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque sur le statut de leurs forces armées lors d'un séjour temporaire en République fédérale d'Allemagne, j'ai l'honneur de proposer à vos Gouvernements, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, de conclure l'Accord suivant:

1. (1) Les forces armées du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge auront le droit, avec le consentement du Gouvernement fédéral, de séjourner temporairement en République fédérale d'Allemagne. Ce dernier décidera en tenant également compte des dispositions du paragraphe 3 de l'article 5 du Traité du 12 septembre 1990 portant règlement définitif concernant l'Allemagne et en conformité avec la Minute agréée au traité précité, datée du même jour.

   (2) Ces forces armées, leurs éléments civils, leurs membres et leurs personnes à charge bénéficieront, dans les Länder de Berlin, Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt et Thuringe, du même statut que celui qui leur est accordé dans les Länder de Bade-Wurtemberg, Bavière, Brême, Hambourg, Hesse, Basse-Saxe, Rhénanie-du-Nord-Westphalie, Rhénanie-Palatinat, Sarre et Schleswig-Holstein.

2. Pour les séjours destinés aux exercices, le transit par voie terrestre et la formation d'unités en République fédérale d'Allemagne, les dispositions suivantes complémentaires seront applicables:

(1) Telekommunikation

a) Für die Inanspruchnahme öffentlich angebotener Telekommunikationsdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland gelten neben den allgemeinen deutschen Vorschriften die jeweiligen Geschäftsbedingungen des Dienstleistungserbringers; dies gilt insbesondere für die Art und Weise der Berechnung der Entgelte, der Rechnungserstellung und der Begleichung der Rechnungen.

b) Die Streitkräfte des Entsendestaats können, soweit dies zur Erreichung des Zwecks ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist, mit Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden vorübergehend Fernmeldeanlagen einschließlich Funkanlagen errichten und betreiben. Soweit Verleihungen erforderlich sind, werden sie durch das Bundesministerium für Post- und Telekommunikation erteilt.

c) Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats, die an Anschlüsse oder Übertragungswege der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland angeschaltet werden sollen, bedürfen hierfür der Zulassung. Das Verfahren für die Zulassung von Funkanlagen wird zwischen dem Bundesministerium für Post- und Telekommunikation und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart.

d) Die Streitkräfte des Entsendestaats benutzen in der Bundesrepublik Deutschland nur die Frequenzen, die ihnen von den zuständigen deutschen Behörden zugeteilt sind. Das Verfahren für die Zuteilung und die Änderung der Frequenzen wird zwischen dem Bundesministerium für Post- und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland und den zuständigen Stellen des Entsendestaats besonders vereinbart. Am Ende des Aufenthalts der Streitkräfte des Entsendestaats gehen die Frequenzen an die deutschen Behörden zurück.

e) Die Streitkräfte des Entsendestaats treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Verursachen Funkstellen der Streitkräfte des Entsendestaats schädliche Funkstörungen bei Funkstellen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder werden sie von solchen Funkstellen in schädlicher Weise gestört, so verfahren die deutschen Behör-

(1) Telecommunications

a) The use of telecommunications services offered to the public in the Federal Republic of Germany shall be subject both to general German regulations and the respective terms of business of the suppliers of services; this shall apply in particular to the way in which payments due are calculated and invoices prepared and settled.

b) The armed forces of the Sending State may, whenever necessary to achieve the purpose of their stay in the Federal Republic of Germany, set up and operate temporary telecommunications facilities, including radio systems, subject to approval by the competent German authorities. If permission to operate such facilities is required, it shall be granted by the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.

c) Licences shall be required for telecommunications facilities of the armed forces of the Sending States that are to be hooked up to connections or transmission lines of the telecommunications networks in the Federal Republic of Germany. The procedure for the licensing of radio systems shall be laid down by special arrangement between the Federal Ministry of Posts and Telecommunications and the competent agencies of the Sending State.

d) When in the Federal Republic of Germany, the armed forces of the Sending State shall only use the frequencies assigned to them by the competent German authorities. The procedure for the assignment and for changes of frequencies shall be laid down by special arrangement between the Federal Ministry of Posts and Telecommunications and the competent agencies of the Sending State. At the end of the stay of the armed forces of the Sending State the frequencies shall be returned to the German authorities.

e) The armed forces of the Sending State shall take all measures necessary to avoid interference with telecommunications networks in the Federal Republic of Germany by their own telecommunications or other electrical installations. Where radio stations of the armed forces of the Sending State cause harmful radio interference with radio stations located outside the Federal Republic of Germany or suffer harmful interference from such stations, the German authorities shall

(1) Télécommunications

a) L'utilisation des services de télécommunications offerts au public en République fédérale d'Allemagne sera régie par les prescriptions générales allemandes et d'autre part par les conditions commerciales respectives des prestataires de services; cela s'appliquera notamment pour le mode de calcul des prix, le mode d'établissement et de règlement des factures.

b) Les forces armées de l'Etat d'origine pourront, dans la mesure requise pour atteindre l'objectif de leur séjour en République fédérale d'Allemagne, établir et exploiter temporairement, avec le consentement des autorités allemandes compétentes, des installations de télécommunications, y compris des installations de radiocommunications. Dans la mesure où des concessions sont nécessaires, elles seront accordées par le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications.

c) Les installations de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine destinées à être raccordées à des branchements ou à des voies de transmission des réseaux de télécommunications de la République fédérale d'Allemagne devront être agréées. La procédure d'agrément des installations de radiocommunications fera l'objet d'un accord particulier entre le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications et les services compétents de l'Etat d'origine.

d) Les forces armées de l'Etat d'origine n'utiliseront en République fédérale d'Allemagne que les fréquences qui leur seront assignées par les autorités allemandes compétentes. La procédure d'assignation ou de changement des fréquences sera fixée par accord particulier entre le Ministère des Postes et Télécommunications de la République fédérale d'Allemagne et les services compétents de l'Etat d'origine. A la fin du séjour des forces armées de l'Etat d'origine, ces fréquences reviendront aux autorités allemandes.

e) Les forces armées de l'Etat d'origine prendront toutes mesures nécessaires en vue d'éviter les perturbations causées aux réseaux de télécommunications en République fédérale d'Allemagne par leurs installations de télécommunications ou autres installations électriques. Lorsque les services de radiocommunications des forces armées de l'Etat d'origine provoquent des brouillages préjudiciables pour des services de radiocommunications situés en dehors de la

den nach der jeweils gültigen Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst. Die deutschen Behörden treffen im Rahmen der geltenden Vorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um Störungen der Telekommunikationseinrichtungen der Streitkräfte des Entsendestaats durch deutsche Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden. Im Fall elektromagnetischer Störungen wird das Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten angewendet. Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit einer Außerbetriebnahme der Störquelle, so muß sie durch die Streitkräfte des Entsendestaats ohne Verzug vorgenommen werden.

proceed in accordance with the provisions of the Constitution and Convention, as amended, of the International Telecommunication Union, and the Radio Regulations. The German authorities shall, to the extent the provisions in force allow, take all measures necessary to avoid interference with telecommunications facilities of the armed forces of the Sending State by German telecommunications or other electrical installations. In the event of electro-magnetic interference, the provisions of the Electro-Magnetic Compatibility of Equipment Act shall be applied. Should it prove necessary to take the source of interference out of service, this shall be done by the armed forces of the Sending State without delay.

République fédérale d'Allemagne ou lorsqu'ils sont eux-mêmes perturbés par des brouillages dus à ces derniers, les autorités allemandes agiront conformément aux dispositions de la Constitution respective en vigueur et de la Convention de l'Union Internationale des Télécommunications en vigueur, ainsi que du Règlement des Radiocommunications. Les autorités allemandes prendront, dans le cadre des dispositions en vigueur, toutes mesures nécessaires en vue d'éviter des perturbations des installations de télécommunications des forces armées de l'Etat d'origine causées par des installations de télécommunications ou autres installations électriques allemandes. Dans le cas de perturbations électromagnétiques, les dispositions de la loi sur la compatibilité électromagnétique des appareils seront applicables. Si la mise hors service de la source des perturbations est nécessaire, les forces armées de l'Etat d'origine devront y procéder sans délai.

(2) Gesundheitswesen

a) Im Gesundheitswesen werden die internationalen Bestimmungen und die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland beachtet.

b) Zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen in der Bundesrepublik Deutschland gelten die deutschen Rechtsvorschriften. Seuchenrechtliche, tierseuchenrechtliche, lebensmittelrechtliche, fleisch-, geflügelfleisch- und hygienerechtliche Maßnahmen werden von den zuständigen Stellen der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit den Militärbehörden des Entsendestaats getroffen.

(2) Public Health

a) Regarding public health, the relevant international provisions and the domestic legal provisions of the Federal Republic of Germany shall be observed.

b) The prevention and control of communicable diseases in humans, animals and plants as well as the prevention of the spread and control of plant pests in the Federal Republic of Germany shall be governed by the relevant German legal provisions. The competent agencies of the Bundeswehr shall take measures under epidemics control, epizootic disease control, food and drug control, meat inspection, poultry inspection and sanitary control laws in cooperation with the military authorities of the Sending State.

(2) Santé publique

a) Dans le domaine de la santé publique, les prescriptions internationales et la législation de la République fédérale d'Allemagne seront respectées.

b) La législation allemande sera applicable en vue de la prévention des maladies contagieuses de l'homme, des animaux et des plantes, de la lutte contre ces maladies ainsi que de la prévention de la propagation des insectes nuisibles aux plantes et de la lutte contre ceux-ci en République fédérale d'Allemagne. Les services compétents des Forces armées fédérales prendront les mesures relatives à la lutte contre les épidémies et les épizooties, aux denrées alimentaires, à l'inspection sanitaire des viandes, des volailles et au contrôle sanitaire en coopération avec les autorités militaires de l'Etat d'origine.

(3) Umweltschutz

a) Der Entsendestaat erkennt und anerkennt die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten seiner Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland. Die Streitkräfte des Entsendestaats achten die deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt und wenden sie an, sofern nicht andere Festlegungen getroffen werden.

b) Ferner sind über die Achtung und Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften hinaus Umweltbelastungen zu vermeiden und unvermeidbare Umweltbeeinträchtigun-

(3) Environmental Protection

a) The Sending State recognizes and acknowledges the importance of environmental protection in the context of activities of their armed forces within the Federal Republic of Germany. The armed forces of the Sending State shall respect and apply German law relating to the protection of the environment unless other stipulations are made.

b) In addition to the respect for and application of German law, environmental pollution shall be avoided and, where detrimental effects are unavoidable, appropriate restora-

(3) Protection de l'environnement

a) L'Etat d'origine reconnaît et admet l'importance de la protection de l'environnement dans le contexte de toutes les activités de ses forces armées en République fédérale d'Allemagne. Les forces armées de l'Etat d'origine respecteront et appliqueront la législation allemande relative à la protection de l'environnement dans la mesure où aucune autre stipulation n'aura été conclue.

b) Au-delà du respect et de l'application de la législation allemande, les nuisances en matière d'environnement devront être évitées et, lorsque des effets nuisibles sont

gen durch angemessene Maßnahmen auszugleichen.

c) Für den Transport von Waffen, schwerem Gerät oder Gefahrgut wird dem Schienen- und dem Wasserweg Vorrang eingeräumt. Festlegungen über die Transportwege werden zwischen den Streitkräften nach Abstimmung mit den deutschen Behörden vereinbart.

d) Die Streitkräfte des Entsendestaats werden für den Betrieb ihrer Luft-, Wasser- und Landfahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland, soweit dies mit den technischen Erfordernissen dieser Fahrzeuge vereinbar ist, nur schadstoffarme Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe entsprechend den deutschen Umweltvorschriften verwenden. Bei Personenkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen werden die deutschen Vorschriften über die Begrenzung von Lärm- und Abgasemissionen eingehalten, soweit diese nicht eine unverhältnismäßig große Belastung darstellen.

e) Bei der Benutzung von Übungseinrichtungen werden die jeweiligen Benutzungsordnungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, beachtet. Gleiches gilt bezüglich der Dienstvorschriften der Bundeswehr für Manöver und Übungen. Besondere Regelungen für Nachtschießen und Schießen an Sonn- und Feiertagen werden vom Bundesministerium der Verteidigung getroffen.

f) Festlegungen der deutschen Behörden zur Vermeidung sowie zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen werden beachtet. Eine Beseitigung von Restbeständen an Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen ist ausgeschlossen.

g) Die zuständigen Behörden und die Streitkräfte der Vertragsparteien dieser Vereinbarung arbeiten insbesondere bei der Vorbereitung von Übungen in allen Belangen des Umweltschutzes eng zusammen.

(4) Verkehr mit eigenen Fahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats

a) Transporte und andere Bewegungen im Rahmen der deutschen Rechtsvorschriften und anderer geltender internationaler Übereinkünfte sowie damit im Zusammenhang stehender technischer Vereinbarungen und Verfahren gelten als geneh-

tive or balancing measures taken to offset such effects.

c) For the transport of weapons, heavy equipment or hazardous material, priority shall be given to rail and water transport. Stipulations concerning transport routes shall be agreed between the armed forces in consultation with the competent German authorities.

d) In the operation of their aircraft, watercraft and landcraft within the Federal Republic of Germany, the armed forces of the Sending State shall in accordance with German environmental regulations use only low-pollutant fuels, lubricants and additives to the extent that their use is compatible with the technical requirements of such craft. With respect to passenger cars and commercial vehicles, the German rules and regulations for the limitation of noise and exhaust gas emissions shall be observed unless they are excessively burdensome.

e) With regard to training installations, the applicable rules for their use, especially the safety provisions and the provisions for the protection of the environment, shall be observed. The same applies with regard to the Bundeswehr service regulations governing manoeuvres and exercises. The Federal Ministry of Defence shall lay down special rules for night firing and firing sessions on Sundays and public holidays.

f) Stipulations by the German authorities concerning waste avoidance and environmentally sound recycling or other forms of waste disposal shall be observed. Disposal of non-expended munitions by detonation or incineration at installations not approved for this purpose shall be excluded.

g) The competent authorities and the armed forces of the Parties to this Agreement shall closely cooperate on all matters of environmental protection, especially when preparing for exercises.

(4) Operation of Vehicles of the Armed Forces of the Sending State

a) Transport and other movements within the limits imposed by German legal provisions and other international agreements in force as well as by associated technical arrangements and procedures shall be deemed to have been approved.

inévitables, ils devront être corrigés en prenant des mesures de réparation appropriées.

c) Pour le transport d'armes, de matériel lourd ou de matières dangereuses, la préférence sera donnée au transport par voie ferrée et par eau. Des stipulations relatives aux voies de transport seront conclues entre les forces armées, en accord avec les autorités allemandes.

d) Pour le fonctionnement de leurs aéronefs, navires et véhicules automobiles en République fédérale d'Allemagne, les forces armées de l'Etat d'origine n'utiliseront que des carburants, lubrifiants et produits additifs peu polluants conformément à la réglementation allemande sur la protection de l'environnement, dans la mesure où un tel emploi est compatible avec les impératifs techniques de ces aéronefs, navires et véhicules automobiles. En ce qui concerne les véhicules de tourisme et utilitaires, les prescriptions allemandes en matière de pollution sonore et d'émission de gaz seront respectées, dans la mesure où elles ne constituent pas une contrainte excessive.

e) En ce qui concerne l'utilisation d'installations d'entraînement, les règlements respectifs relatifs à leur utilisation seront respectés, notamment les dispositions relatives à la sécurité et celles portant sur la protection de l'environnement. Cela vaut également pour les règlements de service des Forces armées fédérales concernant les manoeuvres et les exercices. Le Ministère fédéral de la Défense adoptera des règlements particuliers pour les tirs nocturnes et les tirs effectués le dimanche et les jours fériés.

f) Les stipulations des autorités allemandes relatives à la limitation des déchets, à leur récupération écologique ou toute autre forme d'évacuation seront respectées. L'élimination de munitions non utilisées par explosion ou incinération dans des installations non autorisées à cette fin est exclue.

g) Les autorités compétentes et les forces armées des Parties au présent Accord coopéreront étroitement dans tous les domaines de la protection de l'environnement, notamment pour la préparation des exercices.

(4) Circulation des véhicules propres des forces armées de l'Etat d'origine

a) Les transports et autres mouvements autorisés dans le cadre de la législation allemande et autres accords internationaux en vigueur, ainsi que des arrangements et procédures techniques y afférents seront considérés comme consen-

migt. Soweit Sonder- und Ausnahmeerlaubnisse sowie Befreiungen von den Rechtsvorschriften für den Transport gefährlicher Güter für militärische Bewegungen und Transporte erforderlich sind, werden diese durch die Dienststellen der Bundeswehr erteilt oder eingeholt.

b) Die zuständigen Dienststellen der Bundeswehr koordinieren die Wahrnehmung militärischer Interessen der Streitkräfte des Entsendestaats in Verkehrsangelegenheiten gegenüber den zivilen Behörden. Sie koordinieren ferner die Durchführung militärischer Verkehrsbewegungen mehrerer Entsendestaaten untereinander und mit dem zivilen Verkehr. Art und Umfang dieser Koordinierung werden durch die zuständigen deutschen Stellen festgelegt.

c) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Nutzung der Infrastruktur bei Verwendung eigener Triebfahrzeuge des Entsendestaats werden Vereinbarungen zwischen den zuständigen Behörden des Entsendestaats und den betroffenen deutschen Eisenbahnen geschlossen. Sofern hinsichtlich der Anforderungen an Beschaffenheit und Nutzung der Eisenbahnfahrzeuge des Entsendestaats von den gesetzlichen Vorschriften abgewichen werden soll, beantragen die Eisenbahnen des betreffenden Staats die erforderlichen Genehmigungen bei der deutschen Eisenbahnverwaltung.

d) Für die Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats gelten die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Um die Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen zu erleichtern, kann diese gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen des Entsendestaats durchgeführt werden.

e) Die Streitkräfte des Entsendestaats beachten grundlegende deutsche Verkehrssicherheitsvorschriften. Innerhalb dieses Rahmens können sie ihre eigenen Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge anwenden. Die Behörden der Vertragsparteien dieser Vereinbarung arbeiten bei der Umsetzung dieser Bestimmungen eng zusammen.

Where special or exceptional permits as well as exemptions from legal provisions concerning the transport of hazardous material are required for military movements and transport, they shall be granted or obtained by agencies of the Bundeswehr.

b) The competent agencies of the Bundeswehr shall coordinate the representation of military interests of the armed forces of the Sending State in traffic matters vis-à-vis the civilian authorities. They shall also coordinate the execution of military traffic movements of several Sending States with each other and with civilian traffic. The manner and extent of such coordination shall be specified by the competent German agencies.

c) The operating rights of the German railway authorities shall remain unaffected. The competent authorities of the Sending State and the German railway authorities concerned shall conclude agreements on the use of goods wagons and passenger cars of the Sending State and on the use of infrastructure whenever locomotives of the Sending State are used. Where it is intended to deviate from the statutory requirements regarding the nature and use of the railway vehicles of the Sending State, the railway authorities of the State concerned shall apply to the German railway authorities for the necessary permits.

d) Members of the armed forces of the Sending State shall be subject to German traffic regulations, including regulations on conduct at the scene of an accident as well as regulations on the transport of hazardous material. Compliance with these regulations shall be monitored by the competent German authorities. In order to facilitate such monitoring, it may be carried out jointly with the competent agencies of the Sending State.

e) The armed forces of the Sending State shall observe basic German traffic safety regulations. Within this framework, they may apply their own standards to the design, construction and equipment of motor vehicles, trailers, inland watercraft or aircraft. The authorities of the Parties to this Agreement shall cooperate closely in implementing these regulations.

tis. Dans la mesure où des autorisations spéciales et exceptionnelles ainsi que des dérogations à la législation sur le transport de matières dangereuses seront nécessaires pour les mouvements et transports militaires, celles-ci seront délivrées par les services des Forces armées fédérales ou obtenues par leur entremise.

b) Les services compétents des Forces armées fédérales coordonneront, vis-à-vis des autorités civiles, la représentation des intérêts militaires des forces armées de l'Etat d'origine dans les questions de circulation. Ils coordonneront également l'exécution des mouvements de transport militaires de plusieurs Etats d'origine entre eux et avec la circulation civile. La nature et l'ampleur de cette coordination seront fixées par les services allemands compétents.

c) Il ne sera pas porté atteinte aux droits d'exploitation des chemins de fer allemands. L'enregistrement de wagons et de voitures propres à l'Etat d'origine et l'exploitation de l'infrastructure par l'utilisation de leur matériel moteur feront l'objet d'arrangements entre les autorités compétentes de l'Etat d'origine et les chemins de fer allemands concernés. Dans la mesure où il doit être dérogé à la législation en ce qui concerne les exigences relatives aux caractéristiques et à l'utilisation des véhicules ferroviaires de l'Etat d'origine, les chemins de fer de l'Etat concerné demanderont les autorisations nécessaires auprès de l'administration des chemins de fer allemands.

d) Les prescriptions allemandes relatives à la circulation, y compris les prescriptions relatives au comportement sur les lieux de l'accident et les prescriptions concernant le transport de matières dangereuses s'appliqueront aux membres des forces armées de l'Etat d'origine. Les autorités allemandes compétentes contrôleront le respect de ces prescriptions. Afin de faciliter le contrôle du respect desdites prescriptions, celui-ci pourra être effectué en commun avec les services compétents de l'Etat d'origine.

e) Les forces armées de l'Etat d'origine observeront les dispositions allemandes fondamentales en matière de sécurité des transports. Dans le cadre de celles-ci, elles pourront appliquer leurs propres normes relatives aux caractéristiques, à la construction, et à l'équipement des véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronefs. Les autorités des Parties au présent Accord coopéreront étroitement à l'application de ces dispositions.

f) Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach den deutschen Verkehrsvorschriften geltenden Begrenzungen überschreiten, auf Straßen außerhalb des vereinbarten Straßennetzes erfolgt außer bei Unglücksfällen nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden. Ein Befahren öffentlicher Straßen und Wege mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig. Außerhalb von Truppenübungsplätzen erfolgt der Verkehr mit Kettenfahrzeugen grundsätzlich auf der Schiene.

g) Außer in Notfällen dürfen Mitglieder der Streitkräfte des Entsendestaats mit militärischen Luftfahrzeugen zivile Flugplätze in der Bundesrepublik Deutschland nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden benutzen.

h) Die Vertragsparteien dieser Vereinbarung koordinieren alle von ihnen errichteten und betriebenen Kontrollsysteme für den Luftverkehr und die dazu gehörenden Fernmeldesysteme, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die Erreichung des Aufenthaltszwecks der Streitkräfte des Entsendestaats zu gewährleisten.

(5) Abwicklung von Schäden

a) Für den Betrieb von Dienstkraftfahrzeugen oder militärischen Luft-, Land- und Wasserfahrzeugen der Streitkräfte des Entsendestaats sowie für das Führen von Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ist der Abschluß einer Haftpflichtversicherung nicht erforderlich.

b) Zur Schadensabwicklung in Übereinstimmung mit geltenden Übereinkünften werden auf jeder Seite zentrale Dienststellen benannt.

(6) Übungen zu Lande

a) Für Übungen gelten die deutschen Vorschriften.

b) Übungen finden grundsätzlich auf Liegenschaften der Bundeswehr oder auf Liegenschaften statt, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten verbündeten Streitkräften zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind.

c) Ist der Übungszweck auf diesen Liegenschaften nicht erreichbar, so können Manöver und andere Übungen vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden im freien Gelände durchgeführt werden. Das Verfahren zur Anmel-

f) Except in the case of accidents, motor vehicles and trailers which exceed the limits for dimensions, axle loads, total weight or number laid down in German traffic regulations may only be used on roads outside the agreed network with the permission of the competent German authorities. Tracked vehicles may not be used on public highways and byways without track shoe pads. Outside training areas, tracked vehicles shall generally be transported by rail.

g) Except in emergencies, members of the armed forces of the Sending State may operate military aircraft at civilian landing sites in the Federal Republic of Germany only with the permission of the competent German authorities.

h) The Parties to this Agreement shall coordinate all air traffic control systems set up and operated by them as well as related telecommunications systems wherever this is necessary to ensure the safety of air traffic and the achievement of the purpose of the presence of the armed forces of the Sending State.

(5) Settlement of Claims

a) No third party liability insurance cover shall be required for the use of service vehicles or military aircraft, landcraft or watercraft of the armed forces of the Sending State or for the carrying of arms in the Federal Republic of Germany.

b) Central agencies shall be designated by each side for the settlement of claims in accordance with existing agreements.

(6) Land Exercises

a) Exercises shall be governed by German regulations.

b) Exercises shall normally take place on Bundeswehr property or on property provided to the allied forces stationed in the Federal Republic of Germany for their exclusive use.

c) If the purpose of the exercise cannot be achieved on such property, manoeuvres and other training exercises may be conducted in open country, subject to approval by the competent German authorities. The procedure for notification,

f) La circulation de véhicules et de remorques dont les dimensions, la charge par essieu, le poids total ou le nombre excèdent les limites fixées par les prescriptions allemandes relatives à la circulation, sur des routes autres que celles du réseau convenu, ne s'effectuera, sauf en cas d'accidents, qu'avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes. La circulation de véhicules à chenilles sans semelles sur des routes et voies publiques ne sera pas autorisée. En dehors des camps de manoeuvre des troupes, la circulation de véhicules à chenilles s'effectuera d'une manière générale par voie ferrée.

g) Sauf en cas d'urgence, les membres des forces armées de l'Etat d'origine employant des aéronefs militaires ne pourront utiliser les terrains d'atterrissage civils de la République fédérale d'Allemagne qu'avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes.

h) Les Parties au présent Accord coordonneront tous les systèmes de contrôle qu'elles installeront et utiliseront pour la circulation aérienne, ainsi que les systèmes de télécommunications qui s'y rapportent, dans la mesure où cela s'avère nécessaire pour garantir la sécurité de la circulation aérienne et atteindre l'objectif du séjour des forces armées de l'Etat d'origine.

(5) Règlement de dommages

a) Il ne sera pas indispensable de contracter une assurance-responsabilité pour l'utilisation de véhicules de service ou d'aéronefs, véhicules routiers et navires militaires des forces armées de l'Etat d'origine, ainsi que pour le port d'armes en République fédérale d'Allemagne.

b) Des services centraux seront désignés par chaque partie pour le règlement des dommages conformément aux conventions en vigueur.

(6) Exercices sur terre

a) Les exercices seront régies par les prescriptions allemandes.

b) Les exercices se dérouleront par principe sur des biens immobiliers des Forces armées fédérales ou sur des biens immobiliers mis à la disposition des forces armées alliées stationnées en République fédérale d'Allemagne pour leur usage exclusif.

c) Si le but de l'exercice ne peut pas être atteint sur ces biens immobiliers, les manoeuvres et autres exercices pourront être effectués en terrain ouvert sous réserve du consentement des autorités allemandes compétentes. La procédure de noti-

dung, zur Koordinierung und zur Erteilung der Zustimmung wird zwischen den zuständigen Behörden vereinbart.

(7) Übungen im Luftraum

a) Für Übungen im Luftraum gelten die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum und seine Benutzung sowie die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die in den Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation fallen, ferner die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind.

b) Die deutschen Vorschriften über den Einflug in den deutschen Luftraum, seine Benutzung und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt sowie die geltenden Anmelde-, Zustimmungs- und Koordinierungsverfahren, wie sie in den entsprechenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Veröffentlichungen enthalten sind, umfassen das Luftverkehrsgesetz und die hierzu erlassenen Verordnungen und Verwaltungsregelungen ziviler und militärischer Art.

c) Die an einer Übung teilnehmenden Luftfahrzeugbesatzungen müssen die englische Sprache beherrschen, soweit dies aus Gründen der Flugsicherheit oder Flugsicherung erforderlich ist.

(8) Übungen in deutschen Hoheitsgewässern

a) Für Übungen von Kriegs- und Hilfsschiffen des Entsendestaats im Küstenmeer und in den inneren Gewässern der Bundesrepublik Deutschland gelten die deutschen Vorschriften.

b) Die Nutzung bordeigener Luftfahrzeuge erfolgt auf der Grundlage des Absatzes 7.

3. Diese Vereinbarung wird in englischer und französischer Sprache als den Amtssprachen der NATO sowie in deutscher Sprache als der Sprache des Aufnahmestaats geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Sie steht der Regierung jeder Vertragspartei des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Abstimmung mit den Vertragsparteien dieser Vereinbarung zum Beitritt offen. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

coordination and granting approval shall be agreed between the competent authorities.

(7) Air Exercises

a) Air exercises shall be governed by the German regulations on the entry into and use of German airspace as well as the utilization of aviation installations and facilities, which fall within the scope of the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization and, in addition, by the current procedures for notification, approval and coordination contained in the relevant laws, other regulations and publications.

b) The German regulations on the entry into and use of German airspace and the utilization of aviation installations and facilities as well as the current procedures for notification, approval and coordination contained in the relevant laws, regulations and publications include the Air Traffic Act and the civilian and military regulations and administrative rules issued thereunder.

c) Aircraft crews taking part in a training exercise must have a good command of the English language, where necessary for reasons of flight safety or air traffic control.

(8) Exercises in German Territorial Waters

a) Exercises involving war and auxiliary ships of the Sending State in the territorial sea and the internal waters of the Federal Republic of Germany shall be governed by German regulations.

b) The use of on-board aircraft shall be subject to the provisions of Section 7 above.

3. This Agreement shall be concluded in the English and French languages, being the official languages of NATO, as well as in the German language as the language of the host state, all three texts being equally authentic. It shall be open for accession by the Government of any Contracting Party to the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with the express consent of the Government of the Federal Republic of Germany after consultation with the Parties to this Agreement. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the Federal Republic of Germany.

fication, de coordination et de délivrance de l'autorisation sera convenue entre les autorités compétentes.

(7) Exercices dans l'espace aérien

a) Les exercices dans l'espace aérien seront régis par les dispositions allemandes relatives à l'entrée dans l'espace aérien allemand et à l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, dispositions qui relèvent des Normes et Pratiques recommandées émanant de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes.

b) La réglementation allemande régissant l'entrée dans l'espace aérien et l'utilisation de celui-ci et des installations et dispositifs aéronautiques, ainsi que les procédures de notification, d'autorisation et de coordination en vigueur contenues dans les lois, règlements et publications correspondantes incluent la loi relative à la circulation aérienne et les règlements, procédures et dispositions administratives civiles et militaires s'y référant.

c) Les équipages participant à un exercice devront maîtriser la langue anglaise, dans la mesure où cela est nécessaire pour des raisons de sécurité aérienne et de contrôle de la circulation aérienne.

(8) Exercices dans les eaux territoriales allemandes

a) Les manoeuvres effectuées sur des navires de guerre et des bâtiments auxiliaires dans les mers territoriales et les eaux intérieures de la République fédérale d'Allemagne seront régies par les prescriptions allemandes.

b) L'utilisation d'aéronefs embarqués s'effectuera sur la base de l'alinéa 7 ci-dessus.

3. Le présent Accord est conclu en langues anglaise et française en tant que langues officielles de l'OTAN ainsi qu'en langue allemande, qui est la langue de l'Etat de séjour, les trois textes faisant également foi. Il restera ouvert à l'adhésion du Gouvernement de tout Etat Partie à la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, avec le consentement exprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et en accord avec les Parties au présent Accord. L'adhésion sera effectuée par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Falls sich die Regierungen des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei mit dem Inhalt dieser Note einverstanden erklären, werden diese Note und die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringenden Antwortnoten Ihrer Exzellenzen eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden. Sobald zwei Regierungen, darunter die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, tritt die Vereinbarung zwischen diesen Regierungen in Kraft, wobei jeweils der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt. Für jeden beitretenden Staat tritt die Vereinbarung am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung des beitretenden Staats ihre Zustimmung mitteilt.

Genehmigen Sie, Exzellenzen, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. v. Ploetz

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Dänemark
Herrn Bent Haakonsen

S.E.
dem Botschafter
der Griechischen Republik
Herrn Dr. Constantin Ailianos

S.E.
dem Botschafter
der Italienischen Republik
Herrn Enzo Perlot

S.E.
dem Botschafter
des Großherzogtums Luxemburg
Herrn Dr. Julien Alex

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Norwegen
Herrn Morten Wetland

S.E.
dem Botschafter
der Portugiesischen Republik
Herrn Dr. Luís Pazos Alonso

S.E.
dem Botschafter
des Königreichs Spanien
Herrn José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

S.E.
dem Botschafter
der Republik Türkei
Herrn Volkan Vural

Bonn

If the Governments of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain and the Republic of Turkey agree to the contents of this Note, this Note and Your Excellencies' Notes in reply thereto expressing their agreement shall constitute an Agreement between our Governments. As soon as two Governments, one of them the Government of the Federal Republic of Germany, have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, the Agreement shall enter into force as between these Governments, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date. For each acceding State this Agreement shall enter into force on the thirtieth day after the Government of the Federal Republic of Germany has notified the Government of the acceding State of its consent.

Accept, Excellencies, the assurance of my highest consideration.

Dr. v. Ploetz

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Denmark
Mr Bent Haakonsen

H.E.
the Ambassador
of the Hellenic Republic
Dr Constantin Ailianos

H.E.
the Ambassador
of the Italian Republic
Mr Enzo Perlot

H.E.
the Ambassador
of the Grand Duchy of Luxembourg
Dr Julien Alex

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Norway
Mr Morten Wetland

H.E.
the Ambassador
of the Portuguese Republic
Dr Luís Pazos Alonso

H.E.
the Ambassador
of the Kingdom of Spain
Mr. José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

H.E.
the Ambassador
of the Republic of Turkey
Mr Volkan Vural

Bonn

Si les Gouvernements du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque déclarent accepter le contenu de la présente note, cette dernière et les notes de réponse de Vos Excellences exprimant leur accord constitueront un Accord entre nos Gouvernements. Dès que deux Gouvernements, dont le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, le présent Accord entrera en vigueur entre ces Gouvernements, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications. Pour chaque Etat adhérent, l'Accord entrera en vigueur le trentième jour qui suit la date à laquelle le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne aura donné son consentement au Gouvernement de l'Etat adhérent.

Veuillez agréer, Excellences, l'assurance de ma très haute considération.

Dr. v. Ploetz

S.E.
Monsieur Bent Haakonsen
Ambassadeur du Royaume du Danemark

S.E.
Monsieur Constantin Ailianos
Ambassadeur de la République hellénique

S.E.
Monsieur Enzo Perlot
Ambassadeur de la République italienne

S.E.
Monsieur Julien Alex
Ambassadeur du Grand-Duché de Luxembourg

S.E.
Monsieur Morten Wetland
Ambassadeur du Royaume de Norvège

S.E.
Monsieur Luís Pazos Alonso
Ambassadeur de la République portugaise

S.E.
Monsieur José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo
Ambassadeur du Royaume d'Espagne

S.E.
Monsieur Volkan Vural
Ambassadeur de la République turque

Bonn

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Dänemark bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Dänemark entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Denmark unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Denmark in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume du Danemark, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume du Danemark conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
des Königreichs Dänemark

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Dänemark mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Dänemark und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bent Haakonsen

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

The Ambassador
of the Kingdom of Denmark

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Kingdom of Denmark agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Denmark and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Bent Haakonsen

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

L'Ambassadeur
du Royaume du Danemark

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume du Danemark déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume du Danemark et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Bent Haakonsen

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Der Botschafter
des Königreichs Dänemark

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Dänemark militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Dänemark das Recht auf Ausübung der Strafge-

The Ambassador
of the Kingdom of Denmark

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Denmark will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are

L'Ambassadeur
du Royaume du Danemark

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume du Danemark ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou

richtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Dänemark Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Dänemark im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Dänemark werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Bent Haakonsen

authorized to punish under the law of the Kingdom of Denmark. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Denmark will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Denmark will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Denmark will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Bent Haakonsen

juristes militaires conformément à la législation du Royaume du Danemark. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume du Danemark, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume du Danemark fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume du Danemark prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Bent Haakonsen

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Griechischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Griechischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Hellenic Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Hellenic Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République hellénique, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République hellénique conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
der Griechischen Republik

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen

The Ambassador
of the Hellenic Republic

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform

L'Ambassadeur
de la République hellénique

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de

mitzuteilen, daß sich die Regierung der Griechischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Griechischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Costis Ailianos

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter
der Griechischen Republik

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Griechischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Griechischen Republik das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Griechische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Griechische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

you that the Government of the Hellenic Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Hellenic Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Dr. Costis Ailianos

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Hellenic Republic

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Hellenic Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Hellenic Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Hellenic Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Hellenic Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

vous faire savoir que le Gouvernement de la République hellénique déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République hellénique et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Dr. Costis Ailianos

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
de la République hellénique

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République hellénique ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République hellénique. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République hellénique, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de nonrenonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République hellénique fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Griechischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. Costis Ailianos

(3) The competent authorities and courts of the Hellenic Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Dr. Costis Ailianos

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République hellénique prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. Costis Ailianos

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Italienischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Italienischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Italian Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Italian Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République italienne, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République italienne conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Italienische Botschaft
Der Botschafter

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Italienischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Enzo Perlot

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

The Embassy of the Italian Republic
The Ambassador

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Italian Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Italian Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Enzo Perlot

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

Ambassade de la République italienne
L'Ambassadeur

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République italienne déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République italienne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Enzo Perlot

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Italienische Botschaft
Der Botschafter

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Italienischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Italienischen Republik das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Italienische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Italienische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Italienischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Enzo Perlot

The Embassy of the Italian Republic
The Ambassador

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Italian Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Italian Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Italian Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Italian Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Italian Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Enzo Perlot

Ambassade de la République italienne
L'Ambassadeur

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République italienne ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République italienne. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République italienne, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République italienne fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République italienne prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Enzo Perlot

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Großherzogtums Luxemburg bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Großherzogtums Luxemburg entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Ver-

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Grand Duchy of Luxembourg unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Grand-Duché de Luxembourg, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Grand-Duché de Luxembourg

pflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Botschaft des
Großherzogtums Luxemburg

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Großherzogtums Luxemburg mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Julien Alex

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Botschaft des
Großherzogtums Luxemburg

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Großherzogtums Luxemburg das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Großherzogtum Luxemburg Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesre-

the Grand Duchy of Luxembourg in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Embassy of the
Grand Duchy of Luxembourg

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Grand Duchy of Luxembourg agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Grand Duchy of Luxembourg and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Julien Alex

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Embassy of the
Grand Duchy of Luxembourg

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Grand Duchy of Luxembourg will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Grand Duchy of Luxembourg. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Grand Duchy of Luxembourg will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the

conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Ambassade
du Grand-Duché de Luxembourg

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Julien Alex

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Ambassade
du Grand-Duché de Luxembourg

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Grand-Duché de Luxembourg ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Grand-Duché de Luxembourg. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Grand-Duché de Luxembourg, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale

publik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Großherzogtum Luxemburg im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Großherzogtums Luxemburg werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Julien Alex

Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Grand Duchy of Luxembourg will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Grand Duchy of Luxembourg will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Julien Alex

d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Grand-Duché de Luxembourg fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Grand-Duché de Luxembourg prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Julien Alex

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Norwegen bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Norwegen entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Norway unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Norway in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume de Norvège, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume de Norvège conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter
des Königreichs Norwegen

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Norwegen mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Norwegen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben,

The Ambassador
of the Kingdom of Norway

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Kingdom of Norway agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Norway and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in

L'Ambassadeur
du Royaume de Norvège

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume de Norvège déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume de Norvège et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront

daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Morten Wetland

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Morten Wetland

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Morten Wetland

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Der Botschafter
des Königreichs Norwegen

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Norwegen militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Norwegen das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Norwegen Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Norwegen im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Norwegen werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Morten Wetland

The Ambassador
of the Kingdom of Norway

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Norway will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Kingdom of Norway. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Norway will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Norway will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Norway will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Morten Wetland

L'Ambassadeur
du Royaume de Norvège

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume de Norvège ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Royaume de Norvège. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume de Norvège, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume de Norvège fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume de Norvège prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Morten Wetland

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Portugiesischen Republik bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Portugiesischen Republik entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Portuguese Republic unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Portuguese Republic in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République portugaise, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République portugaise conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Portugiesische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Portugiesischen Republik mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Portugiesischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Luís Pazos Alonso

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

The Embassy
of the Portuguese Republic

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Portuguese Republic agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Portuguese Republic and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Luís Pazos Alonso

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

Ambassade
de la République portugaise

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République portugaise déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République portugaise et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Luís Pazos Alonso

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Portugiesische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Portugiesischen Republik militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Portugiesischen Republik das Recht auf Ausübung

The Embassy
of the Portuguese Republic

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Portuguese Republic will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are

Ambassade
de la République portugaise

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République portugaise ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs

der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Portugiesische Republik Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Portugiesische Republik im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Portugiesischen Republik werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Luís Pazos Alonso

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte des Königreichs Spanien bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten des Königreichs Spanien entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

Der Botschafter von Spanien

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen

authorized to punish under the law of the Portuguese Republic. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Portuguese Republic will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Portuguese Republic will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Portuguese Republic will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Luís Pazos Alonso

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Kingdom of Spain unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Kingdom of Spain in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

The Ambassador
of the Kingdom of Spain

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform

ou juristes militaires conformément à la législation de la République portugaise. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République portugaise, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République portugaise fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République portugaise prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Luís Pazos Alonso

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées du Royaume d'Espagne, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents du Royaume d'Espagne conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

L'Ambassadeur
du Royaume d'Espagne

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de

mitzuteilen, daß sich die Regierung des Königreichs Spanien mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung des Königreichs Spanien und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

Der Botschafter von Spanien

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht des Königreichs Spanien militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden des Königreichs Spanien das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird das Königreich Spanien Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall seinen zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt das Königreich Spanien im Rahmen seiner Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder seiner Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

you that the Government of the Kingdom of Spain agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Kingdom of Spain and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

The Ambassador
of the Kingdom of Spain

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Kingdom of Spain will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Kingdom of Spain. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Kingdom of Spain will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Kingdom of Spain will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

vous faire savoir que le Gouvernement du Royaume d'Espagne déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement du Royaume d'Espagne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

L'Ambassadeur
du Royaume d'Espagne

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires du Royaume d'Espagne ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation du Royaume d'Espagne. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume d'Espagne, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de nonrenonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, le Royaume d'Espagne fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte des Königreichs Spanien werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

(3) The competent authorities and courts of the Kingdom of Spain will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents du Royaume d'Espagne prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

José Pedro Sebastián de Erice y Gómez-Acebo

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte der Republik Türkei bei Straftaten absehen, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern.

(2) Die zuständigen deutschen Behörden und Gerichte werden den zuständigen Behörden und Gerichten der Republik Türkei entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Dr. v. Ploetz

The State Secretary
of the Federal Foreign Office

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The Federal Republic of Germany will waive the exercise of German criminal jurisdiction over the members of the armed forces of the Republic of Turkey unless essential interests of German administration of justice make such exercise of jurisdiction imperative.

(2) The competent German authorities and courts will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent authorities and courts of the Republic of Turkey in support of criminal proceedings.

Dr. v. Ploetz

Le Secrétaire
d'Etat des Affaires étrangères

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) La République fédérale d'Allemagne renoncera à exercer la juridiction pénale allemande à l'égard des membres des forces armées de la République turque, à moins que des intérêts essentiels de l'administration de la justice allemande ne l'exigent.

(2) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux allemands compétents prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux compétents de la République turque conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Dr. v. Ploetz

Türkische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Exzellenz,

ich beehre mich, den Eingang Ihrer Note vom 29. April 1998 zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß sich die Regierung der Republik Türkei mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden Ihre Note vom 29. April 1998 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Türkei und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die Vereinbarung tritt zwischen beiden Regierungen in Kraft, sobald sie einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Mitteilung als Tag des Inkrafttretens gilt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Volkan Vural

S.E.
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Dr. Hans-Friedrich von Ploetz

Bonn

The Embassy
of the Republic of Turkey

Bonn, 29 April 1998

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of 29 April 1998 and to inform you that the Government of the Republic of Turkey agrees to the proposal made by the Government of the Federal Republic of Germany. Accordingly, your Note of 29 April 1998 and this Note in reply thereto shall constitute an Agreement between the Government of the Republic of Turkey and the Government of the Federal Republic of Germany. The Agreement shall enter into force between the two Governments as soon as they have notified each other in writing that the national requirements for entry into force have been fulfilled, whereby the day of receipt of the last written notification shall be deemed to be the effective date.

Accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

Volkan Vural

H.E.
Dr Hans-Friedrich von Ploetz
State Secretary
Federal Foreign Office

Bonn

Ambassade
de la République turque

Bonn, le 29 avril 1998

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date du 29 avril 1998 et de vous faire savoir que le Gouvernement de la République turque déclare accepter la proposition du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. En conséquence, votre note en date du 29 avril 1998 et la présente note de réponse constituent un Accord entre le Gouvernement de la République turque et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne. Cet Accord entrera en vigueur entre les deux Gouvernements dès qu'ils se seront mutuellement informés par écrit que les conditions internes nécessaires à l'entrée en vigueur de l'Accord sont remplies, la date d'entrée en vigueur étant celle de la réception de la dernière de ces communications.

Veuillez agréer, Excellence, l'assurance de ma très haute considération.

Volkan Vural

Son Excellence
Monsieur Hans-Friedrich von Ploetz
Secrétaire d'Etat des Affaires étrangères

Bonn

Türkische Botschaft

Bonn, den 29. April 1998

Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit

(1) Mit Ausnahme der Ahndung von Straftaten, die nach dem Recht der Republik Türkei militärischen Vorgesetzten und Militärjuristen übertragen ist, üben die Militärbehörden der Republik Türkei das Recht auf Ausübung der Strafgerichtsbarkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht aus. Das Recht, Maßnahmen zur Strafermittlung durchzuführen, bleibt unberührt. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

(2) Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit abgesehen, so wird die Republik Türkei Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, auf Ersuchen der deutschen Behörden unverzüglich aus der Bundesrepublik Deutschland entfernen und auf Ersuchen der Bundesrepublik Deutschland den Fall ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung unterbreiten. Wird von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht abgesehen, so wirkt die Republik Türkei im Rahmen ihrer Rechtsordnung darauf hin, daß sich Mitglieder ihrer Streitkräfte, die verdächtigt werden, während des Aufenthalts auf deutschem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen zu haben, den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten stellen.

(3) Die zuständigen Behörden und Gerichte der Republik Türkei werden den zuständigen deutschen Behörden und Gerichten entsprechend dem innerstaatlichen Recht einschließlich der Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Übereinkünften Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren leisten.

Volkan Vural

The Embassy
of the Republic of Turkey

Bonn, 29 April 1998

Declarations on Criminal Jurisdiction

(1) The military authorities of the Republic of Turkey will not use their right to exercise criminal jurisdiction on the territory of the Federal Republic of Germany except in the case of offences which military superiors and judge advocates are authorized to punish under the law of the Republic of Turkey. The right to carry out measures of investigation remains unaffected. Prison sentences will not be executed on the territory of the Federal Republic of Germany.

(2) If the exercise of German jurisdiction is waived, the Republic of Turkey will, at the request of the German authorities, immediately remove from the Federal Republic of Germany members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory and, at the request of the Federal Republic of Germany, submit the case to its competent authorities for considerations concerning criminal prosecution within the bounds of its national legal system. If the exercise of German jurisdiction is not waived, the Republic of Turkey will, within the bounds of its legal system, use its influence to induce members of its armed forces suspected of having committed a criminal offence during their stay on German territory to submit to the criminal proceedings instituted by the competent German authorities and courts.

(3) The competent authorities and courts of the Republic of Turkey will, in accordance with domestic law, including obligations under international agreements, render legal assistance to the competent German authorities and courts in support of criminal proceedings.

Volkan Vural

Ambassade
de la République turque

Bonn, le 29 avril 1998

Déclarations sur la juridiction pénale

(1) Les autorités militaires de la République turque ne feront pas usage sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne de leur droit d'exercer la juridiction pénale, sauf en cas d'infractions devant être sanctionnées par des supérieurs ou juristes militaires conformément à la législation de la République turque. Il n'est pas porté atteinte au droit d'engager des mesures d'instruction pénale. Les peines privatives de liberté ne seront pas exécutées sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne.

(2) En cas de renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République turque, sur demande des autorités allemandes, rapatriera sans délai les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand et, sur demande de la République fédérale d'Allemagne, soumettra le cas à ses autorités compétentes qui examineront des mesures de poursuite pénale dans le cadre de son ordre juridique interne. Dans le cas de non-renonciation à l'exercice de la juridiction pénale allemande, la République turque fera en sorte, dans le cadre de son ordre juridique, que les membres de ses forces armées soupçonnés d'avoir commis une infraction pendant leur séjour sur le territoire allemand se présentent aux autorités et tribunaux allemands compétents.

(3) En vue de soutenir les procédures pénales, les autorités et tribunaux compétents de la République turque prêteront assistance juridique aux autorités et tribunaux allemands compétents conformément au droit interne, y compris les obligations découlant des conventions internationales.

Volkan Vural

Vereinbarte Niederschrift der Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs Norwegen, der Portugiesischen Republik, des Königreichs Spanien und der Republik Türkei über die Rechtsstellung ihrer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland

1. Der Notenwechsel (Anlage 1) und die bei Vollzug des Notenwechsels vorgesehenen Erklärungen zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit (Anlage 2) wurden in deutscher, englischer und französischer Fassung paraphiert. Die Urkunden und diese Niederschrift werden den beteiligten Regierungen zur Zustimmung vorgelegt; sie werden gleichermaßen verbindlich sein.
2. Die in Nummer 1 Absatz 2 der Note genannte Rechtsstellung ist im Abkommen vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) beschrieben.
3. Nummer 2 der Note beruht auf Artikel II des NATO-Truppenstatuts und läßt die Rechte und Verpflichtungen aus dem NATO-Truppenstatut unberührt.
4. Die Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit wurden in Anwendung des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts abgegeben. Dementsprechend ist die in diesen Erklärungen bezeichnete Strafgerichtsbarkeit in Artikel VII des NATO-Truppenstatuts beschrieben. Die Erklärungen gelten für alle Aufenthalte, auf die Artikel VII des NATO-Truppenstatuts anwendbar ist.
5. Geltende zweiseitige Vereinbarungen z.B. über die Mitbenutzung ärztlicher und zahnärztlicher Einrichtungen, Eisenbahntransporte und Überflug- und Landerechte, werden durch die Note nicht berührt.
6. Verweise auf die Regierungen im Notenwechsel und in den bei Vollzug des Notenwechsels abzugebenden Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit sind Verweise auf die von diesen Regierungen vertretenen Länder.

Bonn, den 5. Mai 1997

Für die deutsche Delegation
Dr. Dieter Fleck

Für die dänische Delegation
Ulf M. Berthelsen

Für die griechische Delegation
Nikolaos Douvas

Für die italienische Delegation
Faiti Salvadori

Für die luxemburgische Delegation
Marc-Henri Godefroid

Für die norwegische Delegation
Jon Ramberg

Für die portugiesische Delegation
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

Für die spanische Delegation
Dr. Santiago Chamorro

Für die türkische Delegation
Volkan Vural

Agreed Minutes
of negotiations
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Governments of the Kingdom of Denmark, the Hellenic Republic,
the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg,
the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic,
the Kingdom of Spain, and the Republic of Turkey
on the Status of Their Forces
during Temporary Stays in the Federal Republic of Germany

1. The Exchange of Notes (Annex 1) and the Declarations on the exercise of criminal jurisdiction which will be made on the occasion of the Exchange of Notes (Annex 2) were initialled in their German, English and French versions. The instruments and these Minutes will be submitted to the participating Governments for approval and will be equally binding.
2. The legal status referred to in Section 1 (2) of the Note is defined in the Agreement of 19 June 1951 between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces (NATO SOFA).
3. The provisions of Section 2 of the Note are based on Article II of NATO SOFA and are without prejudice to the rights and obligations under NATO SOFA.
4. The Declarations on Criminal Jurisdiction have been made in implementation of Article VII of NATO SOFA. Accordingly, the criminal jurisdiction referred to in these Declarations is defined in Article VII of NATO SOFA. The declarations shall apply to all stays to which Article VII of NATO SOFA applies.
5. Existing bilateral agreements on e.g. co-use of medical and dental facilities, railway transportation as well as overflight and landing rights shall not be affected by the provisions of the Note.
6. References to Governments in the Exchange of Notes and the Declarations on Criminal Jurisdiction to be made on the occasion of the Exchange of Notes are references to the countries represented by those Governments.

Bonn, 5 May 1997

For the Danish Delegation
Ulf M. Berthelsen

For the German Delegation
Dr Dieter Fleck

For the Hellenic Delegation
Nikolaos Douvas

For the Italian Delegation
Faiti Salvadori

For the Luxembourg Delegation
Marc-Henri Godefroid

For the Norwegian Delegation
Jon Ramberg

For the Portuguese Delegation
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

For the Spanish Delegation
Dr Santiago Chamorro

For the Turkish Delegation
Volkan Vural

Procès-verbal convenu des négociations entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les Gouvernements du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume de Norvège, de la République portugaise et de la République turque relatives au Statut de leurs forces armées lors d'un séjour temporaire en République fédérale d'Allemagne

1. L'échange de notes (annexe 1) et les déclarations relatives à l'exercice de la juridiction pénale prévues lors de l'échange des notes (annexe 2) ont été paraphés dans leurs versions allemande, anglaise et française. Les instruments et le présent procès-verbal seront soumis pour approbation aux gouvernements concernés; ils feront également foi.
2. Le statut mentionné à l'alinéa (2) du paragraphe 1 de la note est décrit dans la Convention du 19 juin 1951 entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces (Convention OTAN sur le Statut des Forces).
3. Les dispositions du paragraphe 2 de la note reposent sur l'article II de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et ne portent pas atteinte aux droits ni aux obligations découlant de cette dernière.
4. Les déclarations sur la juridiction pénale ont été faites en application de l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces. Par conséquent, la juridiction pénale visée dans lesdites déclarations est définie à l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces. Lesdites déclarations sont valables pour tous les séjours auxquels est applicable l'article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.
5. Les dispositions de la note n'affecteront pas les accords bilatéraux en vigueur, relatifs par exemple à l'utilisation commune de services de soins médicaux et dentaires, aux transports ferroviaires ou aux droits de survol et d'atterrissage.
6. Les références aux gouvernements dans l'echange de notes et dans les déclarations sur la jurisdiction pénale à faire lors de l'échange de notes constituent des références aux pays représentés par ces gouvernements.

Bonn, le 5 mai 1997

Pour la Délégation Allemande
Dr. Dieter Fleck

Pour la Délégation Danoise
Ulf M. Berthelsen

Pour la Délégation Espagnole
Dr. Santiago Chamorro

Pour la Délégation Hellénique
Nikolaos Douvas

Pour la Délégation Italienne
Faiti Salvadori

Pour la Délégation Luxembourgeoise
Marc-Henri Godefroid

Pour la Délégation Norvégienne
Jon Ramberg

Pour la Délégation Portugaise
Dr. João Manuel da Cruz da Silva Leitão

Pour la Délégation Turque
Volkan Vural

Denkschrift zum Notenwechsel

I. Allgemeines

Der Notenwechsel regelt das Aufenthaltsrecht und die Rechtsstellung der Streitkräfte der NATO-Partner Dänemark, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Notenwechsel ist erforderlich, da in Artikel 11 in Verbindung mit Kapitel I Abschnitt I der Anlage I des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 der räumliche Geltungsbereich des NATO-Truppenstatuts sowie des Aufenthaltsvertrags von 1954 und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut auf die alten Bundesländer beschränkt wurde. Damit blieb der Rechtsstatus von Streitkräften der NATO-Mitgliedstaaten für Aufenthalte in den neuen Bundesländern und in Berlin zunächst ohne Regelung.

Für Belgien, Frankreich, Kanada, die Niederlande, die USA und das Vereinigte Königreich ist dieses Problem durch eine Sonderregelung im Notenwechsel vom 25. September 1990 in der geänderten Fassung vom 12. September 1994 gelöst worden. In diesem Notenwechsel wird den Streitkräften dieser Staaten in Berlin und den neuen Bundesländern für vorübergehende Aufenthalte mit ausdrücklicher Zustimmung der Bundesregierung die gleiche Rechtsstellung wie in den alten Bundesländern gewährt, ohne daß der territoriale Geltungsbereich des NATO-Truppenstatuts und des für sie geltenden Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut auf die neuen Bundesländer erstreckt worden wäre.

Der vorliegende Notenwechsel soll für Streitkräfte aller anderen NATO-Mitgliedstaaten das Aufenthaltsrecht und die Rechtsstellung in der Bundesrepublik Deutschland in vergleichbarer Weise regeln. Auch für diese Streitkräfte würden unterschiedliche Statusregelungen in den alten und neuen Bundesländern und Berlin zu erheblichen Unzuträglichkeiten führen.

Vorübergehende dienstliche Aufenthalte ausländischer Soldaten in den neuen Bundesländern sind vorbehaltlich der Zustimmung durch die Bundesregierung möglich. Die Bundesregierung wird bei der Entscheidung über die Zustimmung zu Streitkräfteaufenthalten in den neuen Bundesländern die Bestimmungen des Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) beachten.

Der statusrechtliche Teil des Notenwechsels verweist auf die bewährten Regelungen des NATO-Truppenstatuts und ergänzt diese um Bestimmungen, die dem Streitkräfteaufenthaltsgesetz vom 20. Juli 1995 nachgebildet sind und inhaltlich weitgehend dem 1993 revidierten Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut entsprechen. Diese Bestimmungen betreffen vor allem die Bereiche Gerichtsbarkeit, Telekommunikation, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Verkehr und Übungen. Der vorliegende Notenwechsel stellt damit sicher, daß für alle NATO-Streitkräfte im gesamten Bundesgebiet vergleichbare Standards Anwendung finden. Er leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Vereinheitlichung des Statusrechts ausländischer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in Deutschland, sondern fördert gleichzeitig auch die Zusammenarbeit im Bündnis.

Gemeinsame Auslegungsgrundsätze wurden in der Vereinbarten Niederschrift vom 5. Mai 1997 festgelegt.

II. Besonderes

Soweit der Notenwechsel Bestimmungen enthält, die dem Streitkräfteaufenthaltsgesetz nachgebildet sind, wird im folgenden auf die entsprechenden Ausführungen in der Amtlichen Begründung zum Streitkräfteaufenthaltsgesetz (vgl. BT-Drucksache 13/730 vom 9. März 1995) zurückgegriffen.

Zu Nummer 1:

Absatz 1 gewährt den Streitkräften der NATO-Partner Dänemark, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei mit Zustimmung der Bundesregierung ein Recht zu vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland.

Absatz 2 räumt diesen Streitkräften in den neuen Bundesländern die gleiche Rechtsstellung wie in den alten Bundesländern ein.

Zu Nummer 2:

1. Telekommunikation

Die vielfältigen Sonderregelungen, die für die Bundeswehr und die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der NATO-Mitgliedstaaten im Bereich der Telekommunikation gelten, sollen auf die Streitkräfte der Entsendestaaten nicht angewendet werden. Um eine eventuelle entsprechende Anwendung auszuschließen, enthält die Bestimmung ausführliche Regelungen für den Bereich der Telekommunikation. Sie berücksichtigen die deutsche Rechtslage, die Interessenlage deutscher Telekommunikationsunternehmen und die Überlegung, daß den Streitkräften der Entsendestaaten im Bereich der Telekommunikation grundsätzlich kein besonderer Status und keine besondere Behandlung zukommen soll, da ihre Fernmeldeanlagen nicht zur Verteidigung des Bundesgebietes bestimmt sind.

Bedingt durch die Auflösung des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation sind dessen in dieser Bestimmung beschriebenen Zuständigkeiten mit Wirkung vom 1. Januar 1998 auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie übergegangen.

Gemäß Absatz a nutzen die Streitkräfte der Entsendestaaten Telekommunikationsdienstleistungen zu den jeweils geltenden Bedingungen. Dabei sind die Bestimmungen der jeweils geltenden Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie der Vollzugsordnung für den Funkdienst oder eine an ihre Stelle tretende Übereinkunft und die sonstigen die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Telekommunikation bindenden internationalen Übereinkünfte anzuwenden.

Absatz b stellt klar, daß die Streitkräfte der Entsendestaaten für das Errichten und Betreiben von Fernmeldeanlagen der Zustimmung der deutschen Bundesbehörden bedürfen. Diese Vorschrift schließt auch die Zustimmung der für Truppenübungsplätze zuständigen Stellen der

Bundeswehr bzw. der Bundesvermögensämter ein. Die Rechte aus dem Gesetz über Fernmeldeanlagen werden durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wahrgenommen.

Absatz c bestimmt, daß die Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte der Entsendestaaten, die an das deutsche Telekommunikationsnetz angeschaltet werden sollen, hierfür zugelassen sein müssen. Das Verfahren für die Zulassung von Funkanlagen wird in Anlehnung an bestehende Verfahren mit den Streitkräften der Entsendestaaten besonders vereinbart.

Die besonders kritischen Fragen der Nutzung von Funkanlagen und des hiermit verbundenen Störpotentials werden in den Absätzen d und e geregelt.

Gemäß Absatz d dürfen Streitkräfte der Entsendestaaten nur solche Frequenzen nutzen, die ihnen von den zuständigen deutschen Behörden zugeteilt worden sind. Dies erfolgt unter Beachtung der im Bundesgebiet geregelten Zuständigkeiten. Das Verfahren für die Frequenzzuteilung und Änderung wird mit den Streitkräften der Entsendestaaten besonders vereinbart. Nach Beendigung des Übungsaufenthaltes gehen die zugeteilten Frequenzen automatisch an die deutschen Behörden zurück. Ein Anspruch der Streitkräfte der Entsendestaaten auf Wiederbenutzung bestimmter Frequenzen bei künftigen Übungsaufenthalten besteht nicht.

Absatz e regelt Fragen im Zusammenhang mit Funkstörungen. Hierbei sind gestaffelte Regelungen vorgesehen, die von Fragen der gegenseitigen Beeinflussung bis zur Außerbetriebnahme von Störquellen der Streitkräfte der Entsendestaaten reichen.

2. Gesundheitswesen

Diese Regelung unterstreicht, daß im Gesundheitswesen die internationalen Bestimmungen und die innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zu beachten sind.

3. Umweltschutz

Angesichts der großen Bedeutung des Umweltschutzes bezieht die deutsche Rechtsordnung den militärischen Bereich in die staatlichen Bemühungen um den Umweltschutz ausdrücklich ein. In der dichtbesiedelten Bundesrepublik Deutschland kommt dem Umweltschutz darüber hinaus aber auch besondere Bedeutung für die Akzeptanz der militärischen Aktivitäten bei der Bevölkerung zu. Darauf Bedacht zu nehmen, liegt im unmittelbaren Interesse der mit dem Notenwechsel erstrebten militärischen Zusammenarbeit.

Absatz a sieht deshalb vor, daß sich die militärischen Partner ausdrücklich zum Umweltschutz im Gastland bekennen und die deutschen Rechtsvorschriften zum Umweltschutz achten und anwenden. Andere Festlegungen können nur im Rahmen der deutschen Gesetze getroffen werden.

Durch Absatz b werden die Streitkräfte der Entsendestaaten verpflichtet, über die Achtung und Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt hinaus zur Vermeidung von Umweltbelastungen und zum Ausgleich unvermeidbarer Umweltbeeinträchtigungen beizutragen. Der deutsche Gesetzgeber hat bisher davon abgesehen, Detailregelungen für den Umweltschutz im militärischen Bereich zu treffen. Die Bundeswehr und die Stationierungsstreitkräfte haben sich vielmehr verpflichtet, dem Umweltschutz durch Selbstbeschränkungen Rechnung zu tragen. Gleiches wird auch von den Streitkräften der übrigen NATO-Staaten erwartet.

Absatz c konkretisiert das Gebot der Vermeidung von Umweltbelastungen für einen besonders bedeutsamen Anwendungsbereich, den Transport von Waffen, schwerem Gerät (einschließlich Kettenfahrzeugen) oder Gefahrgut. Aus Gründen der Sicherheit und des Umweltschutzes sowie zur Vermeidung von Schäden sollen Festlegungen zu den Transportwegen vereinbart werden. Entsprechend den umweltpolitischen Zielsetzungen von Bund und Ländern soll dabei der Benutzung des Schienen- und Wasserweges Vorrang eingeräumt werden.

Absatz d läßt im begrenzten Umfang Abweichungen von den deutschen Umweltvorschriften zu. Der Entsendestaat soll jedoch verpflichtet werden, für den Betrieb von Luft-, Wasser- und Landfahrzeugen die Verwendung von gemäß den deutschen Umweltvorschriften schadstoffarmen Treibstoffen, Schmierstoffen und Zusatzstoffen sicherzustellen, soweit dies mit den technischen Erfordernissen der Fahrzeuge vereinbar ist. Er soll weiterhin verpflichtet werden, sicherzustellen, daß bei Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen die deutschen Vorschriften über die Begrenzung von Lärm und Abgasemissionen eingehalten werden, soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

Absatz e verpflichtet die Streitkräfte der Entsendestaaten bei der Benutzung von Übungseinrichtungen, die Benutzungsordnungen der Bundeswehr oder in der Bundesrepublik Deutschland stationierter Streitkräfte, denen eine Liegenschaft zur ausschließlichen Benutzung überlassen ist, zu beachten. Auch hierdurch soll den Belangen von Sicherheit und Umweltschutz Rechnung getragen werden. Die Verpflichtungen, die sich aus Absatz e herleiten, lassen die bisherigen Verantwortlichkeiten für eine Liegenschaft gegenüber der Nachbarschaft und der Allgemeinheit unberührt. Das gilt sowohl für die Bundeswehr als auch für die in Deutschland stationierten Truppen der anderen NATO-Staaten, denen eine Liegenschaft zur ausschließlichen Benutzung überlassen ist. Daraus folgt, daß sie auf die Einhaltung der Bestimmungen hinzuwirken haben, wenn sie ausländische Streitkräfte auf ihren Liegenschaften üben lassen. Besondere Regelungen für Nachtschießen und Schießen an Sonn- und Feiertagen werden vom Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen des geltenden Rechts (§ 60 Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz) getroffen.

Absatz f sieht vor, daß die von den deutschen Behörden getroffenen Festlegungen zur Vermeidung von Abfällen sowie zur umweltverträglichen Verwertung oder sonstigen Entsorgung von Abfällen beachtet werden. Damit soll insbesondere sichergestellt werden, daß ausländische Streitkräfte keine Abfälle zurücklassen, deren Entsorgung unter verschiedenen Kostenträgern umstritten sein könnte. Für das Lagern, Behandeln und Vernichten von Restbeständen an Kampfmitteln sind die Vorschriften des deutschen Immissionsschutzrechts zu beachten. Die Beseitigung von Restbeständen von Kampfmitteln durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen soll ausgeschlossen werden.

Die Verpflichtung zu enger Zusammenarbeit nach Absatz g richtet sich gleichermaßen an Behörden und Streitkräfte aller beteiligten Staaten. Sie umfaßt sämtliche Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Schutzes Dritter

und der Allgemeinheit. Sie ist geboten, weil die ausländischen Streitkräfte die deutschen Sicherheits- und Umweltschutzvorschriften in Anbetracht der Kürze eines Aufenthaltes nicht ausreichend beherrschen und nur bei Hilfestellung einhalten können.

4. Verkehr mit eigenen Fahrzeugen der Streitkräfte der Entsendestaaten

Vorbild für diese Bestimmung ist der neugefaßte Artikel 57 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut. Die Koordinierungsfunktion der Bundeswehr gewährleistet einen praxisgerechten, sowohl an den Belangen der öffentlichen Sicherheit als auch an militärischen Belangen ausgerichteten Ablauf des Aufenthalts.

Soweit für den Transport gefährlicher Güter auf der Straße Ausnahmen von der Gefahrgutverordnung Straße (GGVS) notwendig werden, verweist Absatz a auf die Zuständigkeiten zur Einholung von oder Entscheidung über Sonder- und Ausnahmeerlaubnisse. Dies dient einer einheitlichen Anwendung der Gefahrgutvorschriften im Rahmen der Erteilung von Ausnahmen für die ausländischen Streitkräfte und die Bundeswehr.

Sofern der Transport gefährlicher Güter mit anderen Verkehrsträgern durchgeführt wird (z.B. auf der Schiene) oder soweit es sich um grenzüberschreitende Transporte handelt, übernehmen die zuständigen Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung gemäß Absatz b eine Übermittlungsfunktion, um derartige Ausnahmen bei den in diesen Fällen zuständigen Stellen einzuholen. Auch in diesen Fällen ist durch die Beteiligung des Bundesministeriums der Verteidigung eine entsprechende Gleichbehandlung gewährleistet.

Im Rahmen des Absatzes c ist zu beachten, daß in dem Falle, daß Eisenbahnfahrzeuge ausländischer Streitkräfte bereits für den internationalen Verkehr zugelassen sind, sich eine besondere (staatliche) Zulassung erübrigt. Je nach Verwendung in ganzen Zügen (mit eigenem Triebwagen) oder als Einzelwagen sind dann ausschließlich kommerzielle Fragen (siehe hier § 14 Abs. 4 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und § 4 der Eisenbahn-Verkehrsordnung) sowie Einzelheiten der der Betriebssicherheit dienenden Bestimmungen zu regeln. Bei der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im Eisenbahnverkehr besteht jedoch keine Möglichkeit, von diesen Vorschriften Abweichungen zuzulassen, ohne daß die Behörden der Eisenbahnverwaltung, die in § 3 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung genannt sind, zuvor zugestimmt haben. Die Antragstellung durch die deutschen Eisenbahnen folgt aus deren Stellung als „Betreiber“ der eingestellten Wagen bzw. der Eisenbahninfrastruktur sowie aus Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit.

Absatz d bestimmt, daß die Mitglieder der Streitkräfte der Entsendestaaten die deutschen Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter befolgen müssen.

Mögliche Abweichungen, die aufgrund des Absatzes e hinsichtlich der anzuwendenden Normen auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge u.s.w. zugelassen sind, beziehen sich auf die grundlegenden deutschen Verkehrssicherheitsvorschriften. Hierunter sind insbesondere die Straßenverkehrsordnung (StVO) und die Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) zu verstehen, nicht jedoch die Vorschriften für den Transport gefährlicher Güter.

Absatz f legt fest, daß der Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Anhängern, deren Abmessungen, Gewicht, Achslast oder Anzahl die durch die deutschen Verkehrsbestimmungen vorgesehenen Begrenzungen überschreiten, nur mit Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden erfolgen darf. Das Befahren von Straßen mit Kettenfahrzeugen ohne Kettenpolster ist unzulässig. Außerhalb von Truppenübungsplätzen erfolgt der Verkehr von Kettenfahrzeugen grundsätzlich auf der Schiene.

5. Abwicklung von Schäden

Die Befreiung von einer Versicherungspflicht für Dienstfahrzeuge und Waffen entspricht internationaler Übung. Für etwaige private Fahrzeuge von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte gelten die allgemeinen Bestimmungen des deutschen Rechts.

Absatz b dient der reibungslosen Zusammenarbeit bei der Abwicklung von Schäden.

6. Übungen zu Lande

In Absatz a wird klargestellt, daß für das Abhalten von Übungen nach den Absätzen b und c die Vorschriften des deutschen Rechts, insbesondere das Bundesleistungsgesetz vom 27. September 1961 in der jeweils geltenden Fassung, maßgeblich sind.

Übungen finden nach Absatz b grundsätzlich auf Übungsplätzen der Bundeswehr oder auf Übungsplätzen statt, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten NATO-Mitgliedstaaten zur ausschließlichen Benutzung überlassen sind. Grundlage hierfür sind die Überlegungen, die ihren Niederschlag in der „Richtlinie zur umweltverträglichen Nutzung von Übungsplätzen der Bundeswehr“ sowie im Truppenübungsplatzkonzept der Bundeswehr gefunden haben. Eine Beeinträchtigung von Mensch und Umwelt wird dadurch weitgehend vermieden. Sollte eine Übung von Einheiten eines Entsendestaates ohne unmittelbare Beteiligung der Bundeswehr stattfinden, wird den übenden Streitkräften eine direkte Ansprechstelle der Bundeswehr zur Verfügung gestellt, die auf das Geschehen Einfluß nehmen kann. Übungen im Sinne des Absatzes b richten sich nicht nach dem dritten Teil des Bundesleistungsgesetzes, sondern nach den Vorschriften für die Benutzung von Übungsplätzen.

Absatz c enthält die Voraussetzungen, unter denen Streitkräfte der Entsendestaaten zur Durchführung von Manövern und anderen Übungen berechtigt sind. Der Begriff „Manöver und andere Übungen“ entspricht dem des dritten Teils des Bundesleistungsgesetzes in Verbindung mit den entsprechenden Vorschriften der Bundeswehr. Es wird sichergestellt, daß Übungen im freien Gelände nur mit Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden durchgeführt werden dürfen. Das Verfahren hierfür entspricht dem neugefaßten Artikel 45 Abs. 1 Satz 3 und 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und stellt damit die sachgerechte Berücksichtigung der Interessen der Länder sicher.

7. Übungen im Luftraum

Die Regelungen für Übungen im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland sehen in vollem Umfang die Zustimmung deutscher Behörden vor. Im Rahmen ihres Ermessens folgen diese Behörden bei ihren Entscheidungen den Ausbildungserfordernissen, die durch die NATO oder andere internationale Organisationen festgelegt worden sind. Die Bestimmung folgt damit Artikel 46 des Zusatz-

abkommens zum NATO-Truppenstatut und fordert darüber hinaus in Absatz c, daß Flugzeugbesatzungen aus Flugsicherheits- und Flugsicherungsgründen die englische Sprache im erforderlichen Umfang beherrschen müssen.

8. Übungen in deutschen Hoheitsgewässern

Kriegs- und Hilfsschiffe aller Staaten genießen auf der Grundlage des Völkerrechts das Recht der friedlichen Durchfahrt durch fremdes Küstenmeer (Artikel 17 des VN-Seerechtsübereinkommens). Durchfahrt bedeutet im wesentlichen die Fahrt durch das Küstenmeer zu dem Zweck, es ohne Einlaufen in die inneren Gewässer zu durchqueren oder in die inneren Gewässer einzulaufen oder sie zu verlassen. Die Durchfahrt muß im Grundsatz ohne Unterbrechung erfolgen. Das Recht der friedlichen Durchfahrt umfaßt das Recht zum Anlaufen eines Hafens (vgl. Artikel 18 Abs. 1 Buchstabe b des VN-Seerechtsübereinkommens). Nach völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht haben sich Kriegs- und Hilfsschiffe allerdings vor dem Anlaufen fremder Häfen diplomatisch anzumelden (sog. Diplo-Clearance). Das Recht zur friedlichen Durchfahrt umfaßt nicht die Durchführung von Manövern mit Waffen jeglicher Art (Artikel 19 Abs. 2 Buchstabe b des VN-Seerechtsübereinkommens). Hierfür ist nach dem Völkerrecht die Genehmigung des Küstenstaates erforderlich, die mit der Vereinbarung erteilt wird. Aufgrund der Souveränität jedes Küstenstaates in seinem Küstenmeer und seinen inneren Gewässern (Artikel 2 Abs. 1 des VN-Seerechtsübereinkommens) gelten dort neben dem VN-Seerechtsübereinkommen und den sonstigen Regeln des Völkerrechts die jeweiligen nationalen Vorschriften.

Zu Nummer 3:

Nummer 3 des Notenwechsels bestimmt, daß die englische, französische und deutsche Fassung gleichermaßen verbindlich sind. Der Notenwechsel steht auch künftigen NATO-Mitgliedstaaten zum Beitritt offen.

Zu den Erklärungen zur Strafgerichtsbarkeit:

Die Erklärungen enthalten Modifikationen gegenüber dem NATO-Truppenstatut. Die Entsendestaaten verzichten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland weitgehend auf das in Artikel VII des NATO-Truppenstatuts enthaltene Recht, im Aufenthaltsstaat Strafgerichtsbarkeit auszuüben. Verhandlungen in Strafsachen sind auf Verfahren wegen solcher geringfügigen Delikte beschränkt, die von militärischen Vorgesetzten oder begleitenden Militärjuristen durchgeführt werden können. Freiheitsstrafen werden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht vollstreckt.

In der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland ist vorgesehen, daß von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit über die Angehörigen der entsandten Streitkräfte abgesehen wird, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern. Diese Einschränkung findet sich bereits in Artikel 19 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die im Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 19 noch konkretisiert worden ist. Danach können insbesondere folgende Straftaten die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erfordern:

- Straftaten, die zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszuge gehören oder deren Verfolgung der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übernehmen kann;
- Straftaten, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, Raub, Vergewaltigung, soweit sich diese Straftaten nicht gegen ein Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder gegen einen Angehörigen richten;
- Versuch solcher Straftaten oder Teilnahme an ihnen.

Die Regelung soll dem Umstand Rechnung tragen, daß sich die Einheiten der Streitkräfte der Entsendestaaten nicht ständig, sondern nur vorübergehend auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Es ist deshalb aufgrund der Dauer von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren davon auszugehen, daß sich beschuldigte oder angeklagte Mitglieder der Streitkräfte der Entsendestaaten beim Abschluß der Verfahren nicht mehr in der Bundesrepublik Deutschland befinden werden. Insoweit ist es sachgerecht, in denjenigen Fällen, in denen wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit nicht erfordern, auf die Ausübung zu verzichten. Strafbarkeitslücken werden dadurch vermieden, daß sich die Entsendestaaten verpflichtet haben, entsprechende Sachverhalte ihren zuständigen Behörden zur Prüfung von Maßnahmen der Strafverfolgung im Rahmen der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung zu unterbreiten.



Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 92114036 3. 99
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333